



An den Grossen Rat

25.5374.02

PD/P255374

Basel, 24. September 2025

Regierungsratsbeschluss vom 23. September 2025

Interpellation Nr. 93 Barbara Heer betreffend «Basler Antworten auf die globale Gesundheitsbedrohung durch den USAID-Rückzug»

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 10. September 2025)

«Die Forschung, die Politik und die Finanzierung der globalen Gesundheit erlebt gerade eine Ruptur. Durch die neue Haltung der Trump Regierung gegenüber Internationaler Zusammenarbeit, Bildung und Wissenschaft brechen über Jahrzehnte aufgebaute und bewährte Strukturen, Wissen und Forschung und Entwicklung zu neuen Diagnostika, Medikamenten und Impfstoffen, welche die Globale Gesundheit sichern, zusammen. Auch bewährte Massnahmen, um Krankheiten zu verhindern und zu behandeln, erreichen die Menschen in vielen Ländern nicht mehr. Dadurch steht nicht nur die Gesundheit und Gesundheitsversorgung insbesondere im Globalen Süden vor dramatischen Verschlechterungen, sondern durch die Entwicklung und Verbreitung von Resistenzen und Krankheitsausbrüchen, Epidemien und Pandemien bedroht dies konkret auch die öffentliche Gesundheit in der Schweiz. Forschung und Innovation, welche die Grundlage für die Verbesserung der globalen Gesundheit sind, sind akut bedroht.

Was es jetzt braucht, ist eine rasche Adaption der globalen Finanzierungsstrukturen und Zusammenarbeiten verschiedenster Akteur*innen weltweit, um die dramatischen Lücken zu füllen. Ausserdem muss die globale Gesundheitsarchitektur neu gedacht werden, um den sich schnell ändernden demografischen, geopolitischen und ökonomischen Realitäten gerecht zu werden. Einige der zentralen Akteur*innen sind in Basel beheimatet. Als Standort von zwei grossen globalen Pharmaunternehmen (Roche und Novartis), einer breiten Palette an Organisationen im Bereich Forschung, Innovation und Internationale Zusammenarbeit (Life Science und Biotech-Industrie, Swiss TPH, diverse NGOs, Medicus Mundi), sowie als Kanton mit einer bewährten «kleinen Aussenpolitik» ist Basel prädestiniert, Host City für ein neues Forum für Globale Gesundheit zu werden. Darüber hinaus gibt es eine in diesen Themen aktive Zivilgesellschaft. Organisationen prüfen, noch im 2025 eine erste Pilotkonferenz zu organisieren.

Die Unterzeichnende bittet die Regierung, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie sieht die Regierung Bestrebungen von Basler Akteur*innen, in Basel eine internationale Konferenz durchzuführen im Bereich Globaler Gesundheit mit der Verknüpfung von Pharmabranche, Forschung, Internationaler Zusammenarbeit, Zivilgesellschaft und Politik?
2. Teilt er die Ansicht der Interpellantin, dass das in Basel vorhandene Wissen zur Globalen Gesundheit wichtig ist für die Positionierung als internationalen Wissensstandort?
3. Mit welchen Ressourcen könnte sich die Regierung vorstellen, eine Pilotkonferenz resp. eine regelmässig durchzuführende Konferenz zu unterstützen?

4. Wäre die Regierung daran interessiert, dass der Kanton Mitträger der Konferenz wird und als solcher die Vernetzung unterstützt, bspw. zu den verschiedenen politischen Ebenen der Schweiz?
5. Welche weiteren Handlungsmöglichkeiten sieht der Kanton im Sinne von Basler Antworten auf die globale Gesundheitsbedrohung durch den USAID-Rückzug?
Barbara Heer»

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Einleitende Bemerkungen

Der Regierungsrat nimmt die Entwicklungen im Bereich der globalen Gesundheit sowie die negativen Auswirkungen der geopolitischen Verschiebungen auf das Leben von Millionen von Menschen mit Besorgnis zur Kenntnis. Basel verfügt über eine einzigartige Dichte an Akteurinnen und Akteuren aus Pharma, Life Sciences, Forschung, Zivilgesellschaft und internationaler Zusammenarbeit, welche das internationale Profil des Kantons entscheidend prägen.

2. Zu den einzelnen Fragen

1. *Wie sieht die Regierung Bestrebungen von Basler Akteur*innen, in Basel eine internationale Konferenz durchzuführen im Bereich Globaler Gesundheit mit der Verknüpfung von Pharmabranche, Forschung, Internationaler Zusammenarbeit, Zivilgesellschaft und Politik?*

Der Regierungsrat begrüsst Bestrebungen der Basler Akteurinnen und Akteuren, eine internationale Konferenz zur globalen Gesundheit zu lancieren. Ein solches Forum würde die vorhandenen Kompetenzen sichtbar machen und zur Stärkung des internationalen Profils Basels als Wissens- und Innovationsstandort beitragen.

2. *Teilt er die Ansicht der Interpellantin, dass das in Basel vorhandene Wissen zur globalen Gesundheit wichtig ist für die Positionierung als internationalen Wissensstandort?*

Ja. Basel hat sich über Jahrzehnte als Standort für pharmazeutische Innovation, biomedizinische Forschung und internationale Zusammenarbeit etabliert. Institutionen wie das Swiss TPH, die hiesigen Hochschulen, die Pharmaindustrie sowie zahlreiche NGOs und Netzwerke tragen dazu bei, Basel als global vernetzten Wissensstandort zu positionieren. Dieses Know-how ist ein bedeutendes Standortmerkmal.

3. *Mit welchen Ressourcen könnte sich die Regierung vorstellen, eine Pilotkonferenz resp. eine regelmässig durchzuführende Konferenz zu unterstützen?*

Der Kanton Basel-Stadt verfügt über mehrere Möglichkeiten zur Unterstützung von Kongressen, abhängig von der thematischen Ausrichtung und dem Fokus des Anlasses. Grundsätzlich können Kongresse mit einem wirtschaftlichen oder wissenschaftlichen Fokus mit Bezug zu den drei strategischen Innovationsfeldern des Kantons Basel-Stadt «Innovation in Life Sciences», «Digitale Innovation» und «Nachhaltige Wirtschaft» über die Kongressförderung unter Aufsicht des Congress Board Basel Unterstützung beantragen. Zudem können in spezifischen Fällen Anlässe direkt durch die entsprechenden Fachdepartemente gefördert werden. In jedem Fall kann eine finanzielle Unterstützung im Rahmen bestehender Förderinstrumente erst bei Vorliegen eines konkreten Förderantrages abschliessend geprüft werden.

4. *Wäre die Regierung daran interessiert, dass der Kanton Mitträger der Konferenz wird und als solcher die Vernetzung unterstützt, bspw. zu den verschiedenen politischen Ebenen der Schweiz?*

Für eine internationale Konferenz zur globalen Gesundheit ist eine eigenständige Trägerschaft erforderlich, beispielsweise durch Institutionen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft oder Wirtschaft. Der Kanton Basel-Stadt kann auch ohne eine Mitträgerschaft die Vernetzung auf den verschiedenen politischen Ebenen unterstützen und so zu einem erfolgreichen Anlass beitragen.

5. *Welche weiteren Handlungsmöglichkeiten sieht der Kanton im Sinne von Basler Antworten auf die globale Gesundheitsbedrohung durch den USAID-Rückzug?*

Der Regierungsrat teilt die Ansicht der Interpellantin, dass die globale Gesundheit durch globale Krisen und konkrete Ereignisse wie den Rückzug von USAID gefährdet ist. Er hält jedoch fest, dass die Schliessung von Finanzierungslücken in der globalen Gesundheit nicht zu den primären Aufgaben des Kantons gehört.

Im Rahmen der kantonalen Entwicklungszusammenarbeit unterstützt der Kanton seit mehr als 40 Jahren Projekte zur Armutsminderung im Ausland. Dabei werden auch regelmässig Basler und Schweizer Organisationen gefördert, die im Bereich der globalen Gesundheit tätig sind. Mit der Annahme des Gesetzes über die internationale Zusammenarbeit zwecks Armutsbekämpfung und Stärkung der nachhaltigen Entwicklung (GIZA) und der entsprechenden Rahmenausgabenbewilligung werden ab 2026 zusätzliche Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stehen. Damit wird auch das Engagement von Basler Organisationen in der globalen Gesundheit nachhaltig gestärkt und ein Beitrag zur Positionierung Basels als internationaler Wissensstandort geleistet.

Neben der Förderung von Programmen und Projekten nicht gewinnorientierter Organisationen mit Sitz in der Schweiz hat der Kanton die Möglichkeit, Nachwuchskräfte aus Entwicklungsländern mit Stipendien an Basler Hochschulen zu unterstützen, darunter das Swiss TPH. Zudem kann der Kanton Kooperationen mit ausgewählten Städten oder Regionen eingehen, um langfristige institutionelle Partnerschaften aufzubauen, Synergien zu nutzen und die Wirkung lokaler Gesundheitsinitiativen zu verstärken.

Eine Unterstützung entsprechender Vorhaben über GIZA-Fördermittel ist dann möglich, wenn diese zur Erreichung des Förderzwecks beitragen und die gesetzlichen Qualitätskriterien gemäss GIZA erfüllen. Die Beurteilung erfolgt jeweils im Einzelfall im Rahmen des ordentlichen Förderverfahrens.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin